



Susanne Mittag
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Susanne Mittag: Landwirte brauchen ganzheitliche Unterstützung

Berlin, 02.12.2020

Bezug:

Anlagen:

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 5.133

Telefon: +49 30 227-78171

Fax: +49 30 227-70173

susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Straße 10

27749 Delmenhorst

Telefon: +49 4421 -152 1212

Fax: +49 4221 -152 1222

susanne.mittag@bundestag.de

Anlässlich der in der Presse erwähnten Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette, äußert sich die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Susanne Mittag:

„Die längst überfällige Umsetzung der sogenannten UTP-Richtlinie, soll die Knebelverträge des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) gegenüber den Lieferanten, zu denen auch Landwirte und Erzeugergemeinschaften gehören können, zukünftig unterbinden. Der Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung dieser EU-Richtlinie wurde von CDU/CSU bisher unnötig in die Länge gezogen. Gegenüber der SPD wurden so wenige Zugeständnisse wie möglich gemacht, um die unlauteren Handelspraktiken des LEH zu unterbinden. Wir hätten uns im Gesetzentwurf noch viel weitergehende Verbesserungen gewünscht. Wer sich jetzt auf die Seite der Landwirte schlägt, obwohl er tatsächlich die Interessen des LEH vertreten hat, ist etwas unglaubwürdig. Die SPD setzt darauf, dass wir in den weiteren parlamentarischen Beratungen noch einiges nachschärfen können. So wollen wir z.B. auch unterbinden, dass die Landwirte für die Kosten der Werbeaktionen und Preisnachlässe des LEH herangezogen werden kann. Außerdem fordern wir eine unabhängige Ombudsstelle, an die sich landwirtschaftliche Produzenten bei Verstößen auch anonym wenden können.

Von den notwendigen Verbesserungen bei den Handelspraktiken werden jedoch nur wenige Landwirte profitieren, denn die meisten von ihnen beliefern den LEH gar nicht direkt, sondern das machen die Zwischenhändler. Die grundsätzlichen Probleme, wegen denen die Landwirte aktuell protestieren und die Auslieferungslager des LEH blockieren, würden aber auch durch das neue Gesetz nicht gelöst werden. Das sind nämlich die zu geringen Erzeugerpreise.

Wirkungsvoll wäre dagegen, die Nutztierhaltung neu auszurichten und uns dabei vom Tierwohl leiten lassen. Pläne dafür liegen bereits auf dem Tisch, wie die des



Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung, das vom Bundeslandwirtschaftsministerium eingesetzt wurde. Bei CDU/CSU ist jedoch nur eingeschränkt der Wille erkennbar, diese auch umzusetzen. Zentraler Punkt wird die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels sein, das Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner jedoch nur als freiwillige Kennzeichnung einführen will. Die SPD fordert dagegen, ein verbindliches Label für alle Nutztierarten, das von der Jungtieraufzucht, über Transport und Schlachtung, bis hin zur Lebensmittelverarbeitung alles erfasst. Auf dieser Grundlage kann eine angemessene Bezahlung der Landwirte und zugleich mehr Tierwohl erreicht werden.“